

## 5. Wie die "strategische Lähmung" der Gewerkschaften überwunden werden kann

In den letzten Jahren vor dem "Einbruch" der Krise (seit 2007/08) gab es Anzeichen für eine Revitalisierung der Gewerkschaften. Die z.T. dramatischen Mitgliederverluste wurden in einigen Ländern gestoppt. In fast allen europäischen Staaten gab es seit dem Ende der 90er Jahre Generalstreiks, die sich gegen die neoliberale Politik – im Bereich Renten, Gesundheit, Bildung, Arbeitsmarkt – richteten. Bei Meinungsumfragen zeigte sich, dass das negative Bild, das die Gewerkschaften in den 90er Jahren abgaben, einem Meinungstrend gewichen ist, der angesichts der anhaltenden Beschäftigungskrise, der Polarisierung von arm und reich, der Wahrnehmung einer Gerechtigkeitslücke und der alles durchdringenden sozialen Unsicherheit und des Glaubwürdigkeitsverlustes der politischen Klasse die Notwendigkeit starker Gewerkschaften anerkennt, auch wenn sich daraus nicht unmittelbar ein Ansteigen der Mitgliederzahlen ableiten lässt. Die relativen Erfolge der Linkspartei (mit Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, aber auch mit der öffentlichen Unterstützung durch zahlreiche Gewerkschafter) sind dagegen schon Ausdruck dieser Unzufriedenheit auf der politischen Ebene. Viele GewerkschafterInnen haben sich seit Seattle (1999) und Porto Alegre (2001) an den Treffen und den Aktivitäten der globalisierungskritischen Bewegung und von attac beteiligt. Auf der europäischen Ebene gab es eine enge Kooperation zwischen Gewerkschaftern und sozialen Bewegungen im Kampf gegen die sog. "Dienstleistungsrichtlinie" (Bolkestein) sowie gegen den Lissabon-Vertrag.

Auch die Kritik an der "Strategieunfähigkeit" weiter Teile der Gewerkschaften darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch organisatorisch geschwächte Gewerkschaften die wichtigste Organisationsform der kollektiven sozialökonomischen Interessen der Lohnarbeiter bleiben. Zumal in Zeiten der Krise können sie zu Trägern massiver sozialer Proteste werden, die auf einen Politikwechsel zielen. Trotz der scheinbaren Lähmung von Führungsgruppen seit 2008 gab es auch in Deutschland Massendemonstrationen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeitnehmer (28. März und 16. Mai 2009); der "Kapitalismus-Kongress" des DGB im Mai 2009 war Ausdruck der Tatsache, dass die Wucht der Krise und die weit verbreitete Unsicherheit, aber auch die Unruhe bei den Belegschaften in den Betrieben und in der eige-

nen Mitgliedschaft Druck auf die Führung ausgeübt haben, sich einer Fragestellung punktuell zu öffnen, die sie seit Jahrzehnten systematisch verdrängt hat.

Angesichts der herrschenden Ideologie, aber auch angesichts der vielfältigen Krisen des "realen Sozialismus" waren viele der Meinung aufgefressen, dass es zum Kapitalismus bzw. im Kapitalismus nur die Alternative zwischen "sozialer Marktwirtschaft" (= gutes Leben) und "Marktradikalismus" (= Krise) gebe. Jetzt erzwingt die Krise zumindest eine partielle Öffnung des Horizontes von notwendigen Veränderungen *im* und *zum* Kapitalismus.<sup>47</sup> Immerhin beginnt auch unter Intellektuellen und Literaten eine solche Debatte und "Klimaveränderung", die schon im renommierten Suhrkamp-Verlag angekommen ist.<sup>48</sup>

Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, warum die Protagonisten des Neoliberalismus (seit Hayek) die Gewerkschaften immer als ihre Hauptgegner betrachten und innerhalb des "Arbeitgeberlagers" stets eine harte Fraktion den Konflikt mit den Gewerkschaften sucht – ihr Idealbild des Kapitalismus und der freie Märkte lässt keine Gewerkschaften mehr zu. Allerdings bilden sie – zumal in Deutschland – immer noch eine Minderheit gegenüber jener Kapitalfraktion, die die Fahne der Sozialpartnerschaft hochhält, weil sie sich im System der industriellen Beziehungen auf Planungssicherheit verlassen kön-



47) Bernd Riexiger (Perspektiven des Protestes, in: Sozialismus, 7-8/2009, S. 35 ff.), Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart, bemerkt mit Recht: "Kapitalismuskritische Erklärungen der Krise drängen die Gewerkschaften nicht in die Rolle von Sektierern und Revolutionsromantikern. Eine grundlegende Kritik an der Logik von Profitwirtschaft, Konkurrenz, freien Märkten und der Unterordnung der Menschen unter die Zwänge der Kapitalverwertung würde den gewerkschaftlichen Positionen eine größere Schlagkraft verleihen. Zumindest eine fundierte Kritik am finanzgesteuerten Kapitalismus können wir von den Gewerkschaften erwarten, ohne dass dabei die Illusion genährt wird, dass die sogenannte soziale Marktwirtschaft (als Gegenentwurf zum Sozialismus) wieder auferstehen wird" (S. 37).

48) Vgl. z.B. die Schrift von Dietmar Dath, Maschinenwinter, Frankfurt/Main 2008; im Herbst 2009 erscheint – ebenfalls im Suhrkamp-Verlag – eine Schrift der Jenaer Soziologen Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa mit dem Titel: Soziologie – Kapitalismus – Kritik.

nen und zugleich die Integrations- und Disziplinierungsfunktion der Gewerkschaften gegenüber möglichen Revolten von unten anerkennen wollen.

Angesichts der günstigen Konjunktur in den Jahren zwischen 2006 und 2008 haben die Gewerkschaften zudem an Ansehen gewonnen, weil sie in den Tarifauseinandersetzungen relativ günstige Lohnabschlüsse durchsetzen konnten und die Arbeitslosigkeit deutlich zurückging (womit stets auch eine gewisse Entspannung bei den Staatshaushalten sowie den Kassen der BfA und der Sozialkassen verbunden ist). Gleichzeitig gab es neue Initiativen, um die Gewerkschaftsarbeit zu revitalisieren und neue Mitglieder zu gewinnen. Die Organizing-Kampagnen<sup>49</sup> in verschiedenen Gewerkschaften sind unter dem engen Gesichtspunkt ihrer technischen Organisation und der tatsächlichen Ergebnisse bei der Mitgliederentwicklung keineswegs uneingeschränkt positiv zu bewerten. Die Erfahrungen der "Erneuerung" in anderen Ländern (z.B. in den USA) sind nur begrenzt nach Deutschland übertragbar,<sup>50</sup> und oftmals überwiegt im Apparat doch eine eher technokratische Variante der Image- und Mitgliederwerbung, die eher auf die Instrumentarien der Werbe- und Medienberater zählt als auf die Kraft eines erneuernden "social movement unionism".

Dennoch öffnet sich mit den Organizing-Kampagnen der Horizont gewerkschaftlicher Strategiereflexion zu den neuen Herausforderungen, die mit den großen Umwälzungen der vergangenen Jahrzehnte (vgl. Abschnitte 2. und 3.) und der daraus resultierenden Schwächung und Krise der fordistischen Massengewerkschaft verbunden sind. Auf der einen Seite steht dabei die Frage der Beteiligung der Mitglieder in den Betrieben an der Politik der Organisation im Mittelpunkt. Diese Neu-Akzentuierung der Politik schließt (namentlich bei der IG Metall) mehr oder weniger deutlich das Eingeständnis ein, dass der "Wettbewerbskorporatismus" (Co-Management für Standort-sicherung und "Beschäftigungspakte") der 90er Jahre gescheitert ist. Auf der anderen Seite öffnet sich das Organizing-Konzept gerade zu denjenigen Sektoren der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und der Beschäftigung, die schon stärker durch Zonen der Prekarität durchdrungen sind und in denen die traditionellen Instrumente gewerkschaftlicher Politik nur schwach greifen bzw. zuerst einmal (z.B. durch die Einrichtung eines Betriebsrates oder die Anerkennung des Tarifvertrages) durchgesetzt werden müssen. Erfolgreiche Organizing-Kampagnen sind auch ein Beispiel für jene strategische Flexibilität, die im Prozess der Erneuerung gewerkschaftlicher Organisation und Interessenvertretung gefordert ist.

Erfolge verlangen die Hinwendung zu Sektoren ohne organisierte Arbeitsbeziehungen mit Beschäftigten-gruppen, die zu den klassischen Gewerkschaften der männlichen Facharbeiter keine Beziehung haben. Außerdem verlangt die Arbeit Bündnisbeziehungen mit sozialen und politischen Bewegungen (z.B. gegen Diskriminierung, gegen Rassismus) außerhalb der Arbeitssphäre. Strategische Flexibilität bedeutet also die Anerkennung der Vielfalt von Ansätzen gewerkschaftlicher Organisation und Interessenvertretung. Diese Vielfalt wiederum spiegelt die reale Fragmentierung und Spaltung von Klassenerfahrung im gegenwärtigen Kapitalismus.

Wenn wir diese Überlegungen auf die internationale Ebene projizieren, so gewinnt sie zusätzlich Plausibilität; denn gerade in Ländern, in denen das Niveau der Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen längst nicht so hoch ist wie in Deutschland, gewinnen diese Ansätze zunehmend an Bedeutung. Kämpfe um Anerkennung, Aufstände ("riots") in den Slums, Widerstand (indigener Bevölkerungsgruppen wie in Peru) gegen Umweltzerstörung, Landbesetzungsbewegung von enteigneten Bauern und andere Formen sozialer Bewegungen entwickeln sich neben den klassischen Formen gewerkschaftlicher und politischen Interessenvertretung in der Tradition der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung.

Eine zuverlässige Bilanz der Organizing-Kampagnen und ihrer Kosten (bei IG Metall und ver.di) wird erst in der Zukunft erstellt werden können. Allerdings ist zu befürchten, dass noch im Verlaufe des Jahres 2009 – insbesondere nach der Bundestagswahl im September – Wirkungen der Krise zu verarbeiten sind, die ihrerseits die Gewerkschaften mit ganz neuen Herausforderungen konfrontieren. Auf jeden Fall ist ein Anschwellen der Arbeitslosigkeit bis 2010 (auf ca. 5 Millionen) zu erwarten, wobei besonders der Organisationsbereich der IG Metall betroffen sein wird (Metall- und Elektroindustrie). Daher muss die IG Metall damit rechnen, dass die Anstrengungen der Organizing-Kampagne schnell durch sinkende Mitgliederzahlen (als Folge der Arbeitslosigkeit) zunichte gemacht werden. Der damit einhergehende Schwund an Mitgliedsbeiträgen dürfte die Handlungsfähigkeit der Organisation zusätzlich einschränken. Darüber hinaus wird nach der Bundestagswahl deutlich werden, dass bei geringerem Wachstum die Verteilungsspielräume enger und damit heftiger umkämpft werden, dass aber gleichzeitig die Staatsverschuldung enorm angestiegen ist und die öffentlichen Kassen (der Kommunen, der Landesregierungen, der Bundesregierung und der Sozialkassen) leer sind. Unternehmer und Regierungen werden dann darauf hin-

49) Vgl. dazu Juri Hälker/Clausius Vellay (Hrsg.), *Union Renewal – Gewerkschaften in Veränderung*, Düsseldorf 2006; Peter Bremme u.a. (Hrsg.), *Never work alone. Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften*, Hamburg 2007; Ulrich Brinkmann u.a., *Strategic Unionism...*, a.a.O., S. 71 ff.; Detlev Wetzel u.a., *Organizing. Die mitgliederorientierte Offensivstrategie für die IG Metall*. 8 Thesen zur Erneuerung der Gewerkschaftsarbeit, unveröffentl. Papier, Frankfurt 2008.

50) Vgl. den bemerkenswerten Beitrag von Britta Rehder, *Revitalisierung der Gewerkschaften? Die Grundlagen amerikanischer Organisationserfolge und ihre Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 18. Jg., 2008, Heft 3, S. 432–456.

weisen, dass es nichts mehr zu verteilen gibt, dass nur Verzicht (auf Lohn, auf sichere Arbeitsplätze; auf freie Zeit) und die Erhöhung der von der Arbeiterklasse zu tragenden Kosten (für Gesundheit, Bildung und Ausbildung, soziale Sicherungen, aber auch die Zinszahlungen für die Staatsschulden etc.) der einzige Weg sind, um "gemeinsam" die Lasten der Krise zu schultern und diese zu überwinden. Dieses Negativszenario würde den Druck erhöhen, "Betriebsgemeinschaften" (zwischen Unternehmer/Management, Belegschaften, Betriebsräten und Gewerkschaft) mit dem Ziel des Überlebens zu bilden oder auf der nationalen Ebene zu den alten Formen der sozialpartnerschaftlichen bzw. korporatistischen Regulierung (von der "Konzertierten Aktion" zu den "Bündnissen für Arbeit") zurückzukehren.

Falls darüber jedoch keine sanfte Abfederung der Krisenfolgen auf die Lohnarbeiter mehr möglich ist und gleichzeitig deutlich wird, dass der Staat Milliarden neuer Schulden aufgehäuft hat, um die Banken und einzelne Unternehmen zu retten, während inzwischen die Banken zum "business as usual" (inklusive der Vergütungen und Prämien für die Spitzenmanager) zurückkehren und der Gesellschaft das Problem überlassen wird, mit der Schuldenlast (individuell und kollektiv) fertig zu werden – in einer solchen Konstellation kann sich die Wut, die sich jetzt schon allenthalben an der Basis über die Urheber, Nutznießer und Manager der Krise des Finanzmarktkapitalismus (und über die mangelnde Glaubwürdigkeit der "politischen Klasse") aufgestaut hat, in die Bereitschaft zu massivem sozialen und politischen Protest umsetzen. Auf diese mögliche Veränderung des Protestverhaltens und der Kampfbereitschaft müssen sich die Gewerkschaften strategisch einstellen; denn die entscheidende Frage wird sein, welche Forderungen und Ziele eine solche Bewegung vertritt.

Strategische Flexibilität ist nicht allein im Bereich der politischen Bündnisse und der Anerkennung der Vielfalt von Ansätzen im Bereich der Revitalisierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung gefordert; sie ergibt sich auch aus der klassischen Einteilung der großen Felder der Gewerkschaftspolitik, die allerdings im Zeichen der Krise eine Um- bzw. Aufwertung erfahren. Strategische Flexibilität bzw. Klugheit manifestiert sich stets in der Fähigkeit zur spezifischen Verbindung oder Vermittlung der verschiedenen Ebenen.

■ Auf der Ebene der Betriebe wird es in absehbarer Zukunft eine Welle von Verhandlungen geben, um tarifvertragliche Regelungen außer Kraft zu setzen und/oder Entlassungen vorzunehmen. Solche "Überlebens-Pakte" führen in der Regel zu einer Schwächung des Einflusses der Gewerkschaft, sofern es nicht gelingt, Zugeständnisse auf der betrieblichen Ebene abzuwehren oder durch die Erzeugung von politischem Druck zu kompensieren. Gleichzeitig wird um Entlassungen, die Abwicklung von Insolvenzen und Betriebschließungen gekämpft. Ab Spätsommer

2009 – so die Experten – werden diese Kämpfe zunehmen und die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation – vor Ort und im Betrieb – voll in Anspruch nehmen. Dass solche Kämpfe nicht immer erfolgreich abgeschlossen werden, ist aus den vergangenen Jahren – seit den Niederlagen in der Auseinandersetzung um die Schließung von Stahlbetrieben (Hattingen/Rheinhausen usw.) – wohl bekannt. Angesichts der Zuspitzung der Krise (und der Verzweiflung der Betroffenen) wird es auch radikalisierte Formen betrieblicher Kämpfe geben (z.B. Betriebsbesetzungen; neue Solidaritätsaktionen, direkte Konfrontation mit Managern usw.). Solche betrieblichen Kämpfe können exemplarische Bedeutung für die Entwicklung breiter, nationaler und internationaler, Bewegungen des sozialen Widerstandes und des Protestes gewinnen.

■ Im Bereich der Tarifpolitik werden die Gewerkschaften massiv mit der Forderung konfrontiert werden, dass sie sich an "runden Tischen" oder "Bündnissen" beteiligen, die die Lohnentwicklung entsprechend der "wirtschaftlichen Vernunft" (so die alte Formel) nach unten regulieren. Angesichts der Einbrüche im Export und der – kurz- wie langfristig – zunehmenden Bedeutung der Binnennachfrage würde eine von den Gewerkschaften mitgetragene Politik des Lohnverzichts weder die Krise überwinden, noch einen Beitrag zur Beschäftigungssicherung leisten. Harte Lohnauseinandersetzungen können ebenso wie die betrieblichen Kämpfe einen Beitrag dazu leisten, dass eine breite gesellschaftliche und politische Bewegung gegen eine Politik der "Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste" gestärkt wird.

■ Auf der Ebene des Staates, also der Regierungspolitik, entscheiden sich der Erfolg und die Richtung der Krisenbewältigungspolitik. Selbstverständlich bleibt die betriebliche Interessenvertretung und die Tarifpolitik das "Kerngeschäft" der Gewerkschaften. Dennoch sind die "allgemeinen gesetzlichen Regelungen" und die Finanzierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge und der Bereitstellung einer funktionierenden gesellschaftlichen Infrastruktur – neben den klassischen Aufgaben der Sicherheit – auch für die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft immer wichtiger geworden. Hier sind also die Bündnisbeziehungen der Gewerkschaften mit sozialen und politischen Akteuren von besonderer Bedeutung. Deshalb ist die Ebene der Sekundärverteilung (also der Steuerpolitik, über die der Staat in die Primärverteilung eingreift und gleichzeitig die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums steuert) auch für die Gewerkschaften immer wichtiger geworden – wenn auch unter der Herrschaft der Neoliberalismus der Kampf gegen den Abbau von Sozialleistungen, gegen Privatisierung und gegen eine Steuerpolitik, die die Reichen reicher macht, im Vordergrund zu stehen hatte.

Mit der "Rückkehr des Staates"<sup>51</sup> ist auch die Diskussion darüber entbrannt, dass eine grundlegende Korrektur der Umverteilungspolitik der vergangenen Jah-

re, die die Polarisierung der Einkommen und Vermögen forciert hat, notwendig ist. Die Schaffung von "Investitionsfonds", durch Steuern der Vermögenden und Spitzenverdiener finanziert und demokratisch (mit gewerkschaftlicher Beteiligung) verwaltet, könnte ein wichtiges Steuerungsinstrument sein, das in früheren Debatten über Investitionslenkung (im Anschluss an Keynes) schon einmal gründlich diskutiert wurde. Gleichzeitig konzentriert sich diese Debatte auf die Höhe der Mittel, die eingesetzt werden müssen, um die Konjunktur zu beleben und auf die Bereiche, für die sie zur Verfügung gestellt werden. Hier geht es darum, dass sich die Gewerkschaften dafür einsetzen, dass diese Mittel im Bereich der Infrastruktur, der Bildung, der Wissenschaft, im Gesundheitswesen sowie im Pflegebereich eingesetzt werden (und auch beschäftigungsfördernd wirken). Diese Option für eine keynesianische Wirtschaftspolitik (wie sie auch die Gruppe "Alternative Wirtschaftspolitik" vertritt) ist freilich nur dann eine adäquate Reaktion auf die Tiefe der gegenwärtigen Krise, wenn sie mit der Forderung nach einem breiten öffentlichen und gemeinwohlorientierten Sektor verbunden ist, der die Folgen der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Leistungen (im Sozialbereich) revidiert und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Beschäfti-

gung leistet.<sup>52</sup> Schließlich sollten die Gewerkschaften in dieser Debatte ihre Vorstellungen über den Ausbau der Wirtschaftsdemokratie erneuern und präzisieren.<sup>53</sup> Die Elemente dieser alternativen Programmatik bilden einen Zusammenhang, der weit über den Wunsch nach der Rückkehr zur "sozialen Marktwirtschaft" hinausweist. Wer für ein "gutes Leben" streitet, der sollte – zumal unter den gegenwärtigen Krisenbedingungen – begreifen, dass dies nur in einer "neuen Gesellschaft" möglich sein wird.

Die Überwindung der strategischen Lähmung, von der eingangs die Rede war, setzt eine kluge und realistische Vermittlung dieser verschiedenen Ebenen der Politik und der Interessenvertretung voraus. Wenn es zutrifft, dass in der gegenwärtigen "großen Krise" zugleich das Verhältnis Ökonomie und Politik, von Kapital und Arbeit neu "justiert" wird und dass die Dynamik der sozialen und politischen Kämpfe über die Richtung der Re-Regulation entscheidet, dann ist die strategische Vermittlung der verschiedenen Ebenen für die Gewerkschaften eine geradezu existenzielle Herausforderung.

- 
- 51) Vgl. dazu Hans-Jürgen Bieling, "Privat vor Staat?". Zur Entwicklung politischer Leitbilder und über die Rolle des Staates, in: WSI-Mitteilungen, 5/2009, S. 235–242. Bieling macht zu Recht darauf aufmerksam, dass die These von der "Rückkehr" des Staates falsch ist; denn sie negiert, dass der Staat (als kapitalistischer Staat) bei der neoliberalen Entstaatlichungspolitik eine zentrale Rolle gespielt hat. Auch als "Retter der Banken" agiert der Staat als kapitalistischer Staat, der das Vermögen der Gesellschaft mobilisiert, um den Zusammenbruch des Finanzsektors zu verhindern ("im Interesse des Gemeinwohls", dies die klassische Ideologie des kapitalistischen Staates).
- 52) Manche Anhänger von Keynes vertreten die Auffassung, dass sowohl der Neoliberalismus als auch die "alternative Wirtschaftspolitik" eine Frage der politischen Entscheidung und damit der politischen Mehrheitsverhältnisse sei. Dabei wird übersehen, dass die politischen Entscheidungen (seit den 70er Jahren): Deregulierung, Privatisierung, Liberalisierung der Finanzmärkte – in letzter Instanz von der Kapitallogik bzw. dem Interesse der Kapitalverwertung diktiert wurde, dem Fall der Profitrate (bzw. den Grenzen des fordistischen Akkumulationsmodells) entgegenzuwirken und den wachsenden Einfluss der Gewerkschaften und der politischen Linken zurückzudrängen. In der Politik entscheiden dann die Kräfteverhältnisse innerhalb der herrschenden Klasse sowie den Hauptklassen, welche Variante sich durchsetzt. Eine alternative Wirtschaftspolitik muss daher ebenfalls in die Kapitallogik eingreifen (z.B. die Finanzmärkte einer scharfen Kontrolle zu unterwerfen, die Banken zu verstaatlichen, Umverteilung von oben nach unten etc.); ohne soziale und politische Kämpfe von unten sowie eine nachhaltige Veränderung der Kräftekonstellationen der Klassen – auch auf der Ebene der Politik – wird ein solcher Politikwechsel nicht denkbar sein. Seine Voraussetzung ist allerdings die Hegemoniekrise des "alten Modells" – ökonomisch und ideologisch. Damit werden Voraussetzungen geschaffen, um einen "Klimawechsel" herbeizuführen, d.h. politisch und ideologisch den Aufbau eines gegenhegemonialen Blocks voranzutreiben. Gegenwärtig befinden wir uns in einer frühen Phase dieser Auseinandersetzung.
- 53) Vgl. dazu Alex Demirovic, Demokratie in der Wirtschaft. Positionen, Probleme, Perspektiven, Münster 2007. Beim Komplex "Wirtschaftsdemokratie" erweist sich, dass die notwendige Intensivierung der Bündnisbeziehungen mit sozialen und politischen Akteuren sozusagen nach zwei Seiten hin erfolgen muss. Zum einen muss dieses Bündnis seine Kraft im politischen Raum entfalten, zum anderen müssen die aktiven Gruppen der "Zivilgesellschaft" wie Initiativen für Umweltschutz, Frieden und Abrüstung, internationale Solidarität usw. in die Demokratisierungsprozesse auf der Ebene der Unternehmen selbst miteinbezogen werden. Die Qualifizierung von Mitbestimmung bis hin zu demokratischer Unternehmensführung kann sich nicht auf Belegschaften und Gewerkschaften beschränken, auch wenn diese das entscheidende Fundament abgeben.